

Wenn aus Liebe rote Zahlen werden: über die wirtschaftlichen Folgen von Trennung und Scheidung

Andreß, Hans-Jürgen

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Andreß, H.-J. (2004). Wenn aus Liebe rote Zahlen werden: über die wirtschaftlichen Folgen von Trennung und Scheidung. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 31, 1-5. <https://doi.org/10.15464/isi.31.2004.1-5>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **ZUMA** Publikation

Inhalt

Wenn aus Liebe rote Zahlen werden	1
„Patient“ deutsche Gesellschaft? Bericht von der Sektionsveranstaltung	5
Verluste an Lebensqualität im Alter vor allem immaterieller Art	7
Herausforderungen für die Lebensqualität in der gegenwärtigen Welt Kongressbericht	11
Nicht nur die Rente bestimmt das Einkommen im Alter	12
Workshopankündigung: „Zeitbudgetstudien - Informations- und Analysepotential für die gesellschaftliche Dauerbeobachtung und Sozialberichterstattung“	15
Call for Papers: Veranstaltungen der Sektion Soziale Indikatoren auf dem 32. DGS-Kongress in München	16

Wenn aus Liebe rote Zahlen werden

Über die wirtschaftlichen Folgen von Trennung und Scheidung

Durch hohe und steigende Scheidungsziffern werden immer mehr Familien mit spezifischen wirtschaftlichen Problemen konfrontiert, die häufig aus Trennung und Scheidung entstehen - zumindest vorübergehend. Damit der Staat gezielte Hilfs- und Steuerungsangebote für den Personenkreis entwickeln kann, der hierdurch wirtschaftlich und sozial besonders gefährdet ist, benötigt er verlässliche Analysen und Datengrundlagen. Diese waren bisher im erforderlichen Umfang für die Bundesrepublik Deutschland nicht vorhanden. Aus diesem Grund hat das Bundesfamilienministerium ein mehrjähriges Forschungsprojekt über die wirtschaftlichen Folgen von Trennung und Scheidung für Familien in Auftrag gegeben, dessen Ergebnisse nunmehr vorliegen¹.

Folgen einer Trennung für Männer und Frauen unterschiedlich?

Viele Gründe sprechen dafür, dass die ökonomischen Konsequenzen von Trennung und Scheidung für Männer und Frauen unterschiedlich ausfallen:

- Wenn Kinder zu versorgen sind, dann ist der Einkommensbedarf des betreuenden Elternteils höher, und das ist in den meisten Fällen die Mutter. Gleichzeitig sind die Erwerbsmöglichkeiten aufgrund der Kinderbetreuung häufig beschränkt.
- Darüber hinaus ist das Risiko groß, dass der betreuende Elternteil nicht die Hälfte der Kinderbetreuungskosten vom jeweils anderen Elternteil erhält.
- Angesichts der immer noch bestehenden Geschlechterdisparitäten bei den Arbeitseinkommen partizipieren Frauen während der Ehe an den durchschnittlich höheren Einkommen der Männer. Nach der Trennung ist dieser „Einkommensvorteil“ wahrscheinlich nicht mehr gegeben, da der Ehegattenunterhalt in vielen Fällen nicht der ökonomischen Unterstützung entspricht, die sie während der Ehe von ihrem Partner erhalten haben.
- Schließlich sind Veränderungen des Vermögens, der Alterssicherungsansprüche sowie des Humankapitals, die beide Partner während einer Ehe erfahren, nur ungenau messbar und daher nach der Trennung schwer auszugleichen. Das gilt in besonde-

rem Maße für die „Gewinne“ und „Verluste“ von Humankapital.

Zusätzlich zu diesen Argumenten ist zu berücksichtigen, dass das Leben nach einer Trennung erheblich teurer ist, da der Unterhalt zweier getrennter Haushalte sehr viel höher zu veranschlagen ist als der Unterhalt eines gemeinsamen Haushalts. Von diesen verloren gegangenen Kostenvorteilen gemeinsamen Wirtschaftens sind allerdings beide Geschlechter negativ betroffen.

Es gibt eine Vielzahl empirischer Untersuchungen, die diese Thesen unterstützen. Die meisten Analysen wurden jedoch für einige ausgewählte nordamerikanische und europäische Länder durchgeführt². Der Kenntnisstand für die Bundesrepublik Deutschland ist dagegen erstaunlicherweise eher begrenzt. Darüber hinaus ist die weit verbreitete Annahme, Frauen würden durch Trennung und Scheidung verlieren, während Männer gewinnen, nicht unumstritten. So wurde beispielsweise in neueren Untersuchungen für die Vereinigten Staaten gezeigt, dass sich ganz erhebliche negative Konsequenzen für Männer ergeben, wenn die Unterhaltszahlungen dieser Männer und die Abhängigkeit der Familien von den gestiegenen Erwerbseinkommen der Frauen kontrolliert werden². Viele argumentieren auch, dass das Rechtssystem hinreichend viele Absicherungen beinhalte, um die meisten der genannten Risiken abzusichern und auf diese Weise Geschlechterparität herzustellen. Darüber hin-

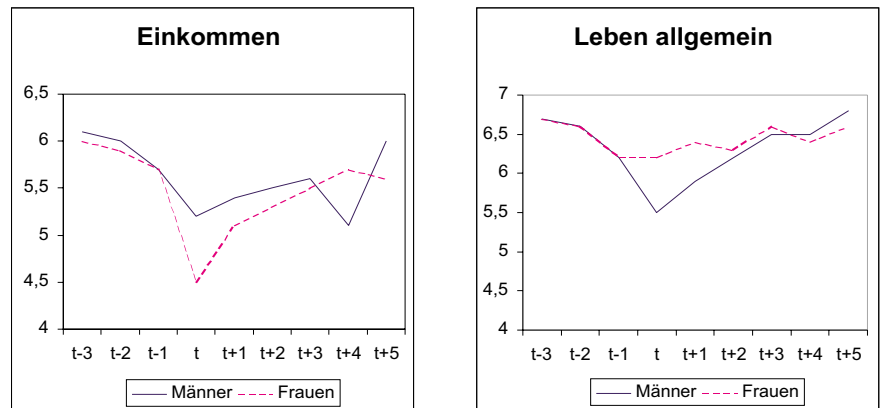
aus werden zwei Drittel aller Scheidungen in Deutschland von Frauen beantragt, und es ist schwierig nachzuvollziehen, warum gerade Frauen die Scheidungsinitiative ergreifen, wenn die ökonomischen Konsequenzen für sie so viel negativer sind als für ihre Partner.

Angesichts des begrenzten Wissens für die Bundesrepublik Deutschland hat das Bundesfamilienministerium eine umfassende Analyse der Daten des Sozio-ökonomischen Panels in Auftrag gegeben. Im Folgenden werden alle verheirateten Personen betrachtet, die sich innerhalb der Laufzeit des Panels, genauer gesagt: zwischen den Jahren 1984 und 1999, getrennt haben. An verschiedenen Stellen wird diese Untersuchungsgruppe mit anderen Personen verglichen, die ähnlich negative Ereignisse erlebt haben, z.B. den Tod eines Lebenspartners oder die Arbeitslosigkeit des Haupteinkommensbeziehers. Ziel dieses Vergleichs ist es, das Ausmaß der ökonomischen Konsequenzen von Trennung und Scheidung relativ zu anderen Risiken einzuschätzen. Da der deutsche Wohlfahrtsstaat ein institutionalisiertes System der Versicherung gegen verschiedene soziale Risiken beinhaltet, darunter die Versicherung gegen die finanziellen Folgen der Arbeitslosigkeit und denen des Todes für die Angehörigen, jedoch nicht gegen Scheidung, lässt sich vermuten, dass die ökonomischen Konsequenzen von Scheidung erheblich größer sind als die der anderen genannten Risiken. Da üblicherweise angenommen wird, dass ehespezifische Veränderungen des Humankapitals (z.B. durch eine unterbrochene Erwerbstätigkeit wegen der Kinderbetreuung) einer der wesentlichen Gründe für Geschlechterdisparitäten sind, werden zusätzlich nichteheliche Lebensgemeinschaften betrachtet, bei denen man aufgrund fehlender (ehe)vertraglicher Bindungen eine gleichberechtigtere Arbeitsteilung und dementsprechend geringere Unterschiede im Humankapital erwarten kann. Daher sollten die ökonomischen Konsequenzen einer Trennung für nichteheliche Lebensgemeinschaften sehr viel geringer sein als für Ehen.

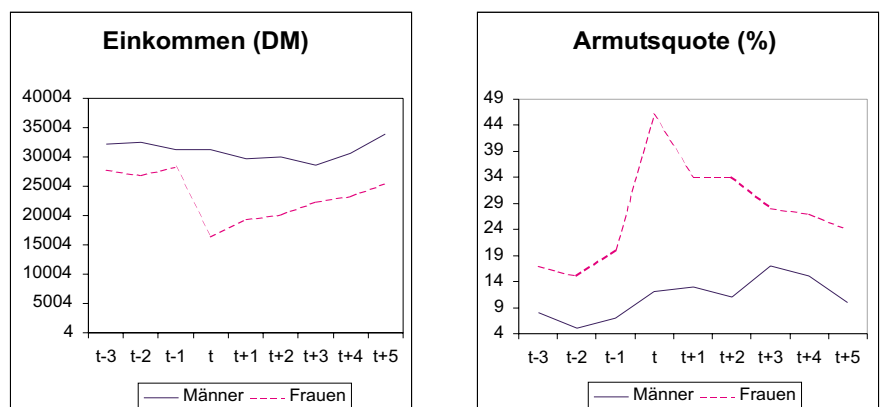
Mehrzahl der Scheidungen ist zwei Jahre nach der Trennung vollzogen

Es sei darauf hingewiesen, dass sich nur ein Teil (60%) der getrennten Ehepaare innerhalb des Untersuchungszeitraums auch tatsächlich scheiden lässt: 18% innerhalb des ersten Jahres nach der Trennung, 38% ein Jahr später und 29% zwei Jahre später. Die verbleibenden 15% benötigen dazu mehr als zwei und bis zu elf Jahren. Da sich jedoch die meisten wirtschaftlichen Veränderungen zum Zeitpunkt der Trennung ereignen, während die spätere Scheidung die eingetretenen Veränderungen „nur“ noch förmlich besiegelt, ist der Fokus auf Trennungen vertretbar. Verglichen mit den Personen, die im Untersuchungszeitraum verheiratet bleiben, sind verheiratete Personen, die sich trennen, jünger, etwas besser ausgebildet, häufiger erwerbstätig und sie leben häufiger zusammen mit Kindern in einem Haushalt.

Grafik 1a: Durchschnittliche Zufriedenheit vor und nach Trennung



Grafik 1b: Bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen und Einkommensarmut



Datenbasis: SOEP 1984 - 1999, eigene Berechnungen.

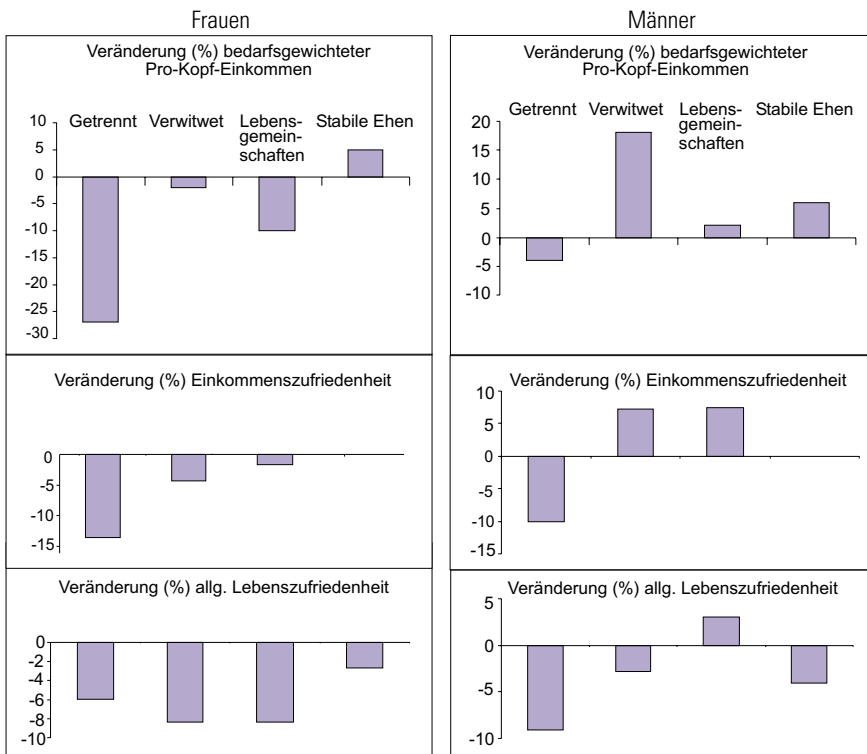
In einem ersten Untersuchungsschritt soll zunächst gefragt werden, ob Trennungen überhaupt einen Effekt auf die finanzielle Situation der Betroffenen haben. Diese Frage kann aus zwei verschiedenen Blickwinkeln beantwortet werden: 1. durch einen Vergleich verschiedener Indikatoren im Zeitablauf und 2. durch einen Vergleich der wirtschaftlichen Position verschiedener Gruppen und Lebensereignisse untereinander. Dazu werden verschiedene Indikatoren materieller und subjektiver Wohlfahrt betrachtet (vgl. Grafik 1).

Frauen erfahren erhebliche Einkommensverluste nach der Trennung

Beide Geschlechter zeigen abnehmende Zufriedenheiten bis zum Jahr der Trennung: Bei den Männern ist insbesondere die Abnahme der allgemeinen Lebenszufriedenheit auffallend, bei den Frauen die Abnahme der Einkommenszufriedenheit. Während die allgemeine Lebenszufriedenheit in den folgenden Jahren sich für beide Geschlechter wieder dem Niveau während der Ehe annähert, nimmt die Einkommenszufriedenheit nur leicht zu, ohne das ursprüngliche Niveau während der Ehe wieder zu erreichen. Zusätzlich zu diesen beiden subjektiven Indikatoren wird das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen und die Armutsquote betrachtet³. Im Jahr der Trennung erfahren die Frauen eine ganz erhebliche Abnahme des bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens, dessen Niveau sich auch in den

Folgejahren nicht wesentlich verbessert. Parallel dazu nimmt die Armutsquote der Frauen im Jahr der Trennung drastisch zu. Ähnlich krasse Einkommensveränderungen lassen sich für Männer nicht beobachten, deren Armutsquote nur wenig zunimmt.

Zusätzliche Belege finden sich in Grafik 2, in der Einkommen und Zufriedenheiten vor und nach dem jeweiligen Ereignis für verschiedene Gruppen miteinander verglichen werden. Für beide Indikatoren wird die prozentuale Veränderung vom Zeitpunkt zwei Jahre vor bis zum Zeitpunkt zwei Jahre nach dem Ereignis gemessen. Die Graphiken zeigen jeweils den Median dieser individuellen Veränderungsrate. Bei den bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen verliert also die Hälfte der verheirateten Frauen mit der Trennung mindestens 27% ihres früheren Pro-Kopf-Einkommens. Wie erwartet sind die Einkommensveränderungen weniger negativ, wenn sich ein nichtverheiratetes Paar trennt. Hier verliert die Hälfte der Frauen lediglich 10%. Selbst wenn der verheiratete Partner stirbt, erfährt die Hinterbliebene weniger negative Einkommensveränderungen (nämlich 2% im Median). Einkommensmobilität existiert natürlich auch in stabilen Ehen. Einige dieser Einkommensveränderungen sind negativ, z.B. dann, wenn ein Partner arbeitslos wird. Aus den vorliegenden Panelinformationen der stabilen Ehen wurde ein Jahr t zufällig ausgewählt und ähnlich wie in den anderen Gruppen die Einkommenspo-

Grafik 2: Veränderungen für verschiedene Gruppen und Lebensereignisse

Datenbasis: SOEP 1984 - 1999, eigene Berechnungen.

sition zwei Jahre vor mit der ein Jahr nach t verglichen. Dabei zeigt sich, dass ein Viertel aller stabilen Ehen Einkommensverluste von 8% und mehr erfährt (nicht in der Grafik ausgewiesen). Aber mehr als die Hälfte dieser stabilen Ehen erlebt positive Veränderungen von mindestens 5% (vgl. Grafik 2). Verglichen mit diesen Veränderungen ist der negative Einkommenseffekt von Trennungen für Frauen beachtlich. Betrachtet man die Veränderungen in den beiden Zufriedenheitsindikatoren, dann zeigen sich auch hier negative Veränderungen in besonderem Maße für verheiratete Paare, die sich trennen. Ihre Einkommenszufriedenheit nimmt um durchschnittlich 14% bei den Frauen und 10% bei den Männern ab. Ähnlich negative Entwicklungen beobachtet man für die allgemeine Lebenszufriedenheit. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass verwitwete Frauen und Frauen, die sich von ihrem nichtverheirateten

Lebenspartner trennen, ähnlich verringerte Zufriedenheitswerte äußern.

Trennung lässt auch Lebenszufriedenheit sinken

Zusammengefasst lautet das Ergebnis dieses ersten Untersuchungsschrittes: Eine Trennung hat signifikante Einflüsse auf die materielle Wohlfahrt verheirateter Personen, die verglichen mit Trennungen in anderen Partnerschaftsformen bzw. mit anderen Lebensereignissen wie z.B. dem Tod des Lebenspartners oder Einkommensveränderungen in stabilen Ehen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten vorrangig negativer Natur sind. Diese negativen Veränderungen werden begleitet von verringerten Zufriedenheiten mit dem Leben insgesamt und insbesondere mit dem Einkommen, wobei allerdings zu bemerken ist, dass die Veränderungen

dieser subjektiven Indikatoren weniger auffällig sind, insbesondere für Frauen, wie später noch zu diskutieren sein wird.

Nachdem die Effekte von Trennungen im Allgemeinen gezeigt wurden, sollen nun in einem zweiten Schritt mögliche Geschlechterdisparitäten diskutiert werden. Einige der dazu herangezogenen Daten sind bereits in den beiden vorherigen Grafiken betrachtet worden. Sie sollen jetzt jedoch weiter differenziert werden, um die Varianz der Veränderungen materieller und subjektiver Wohlfahrt zu demonstrieren. Tabelle 1 zeigt den Median der bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen zwei Jahre vor und ein Jahr nach der Trennung. Neben dem Median-Einkommen wurde wie zuvor in Grafik 2 die individuelle Veränderung des bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens in Prozent berechnet. Die Tabelle zeigt das erste Quartil (Q1), den Median (Me) und das dritte Quartil (Q3) der Verteilung dieser individuellen Veränderungsdaten.

Insgesamt haben Frauen, was die verfügbaren bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen betrifft, größere Verluste hinzunehmen als Männer (vgl. Zeile 1 in Tabelle 1). Das Einkommen der Frauen beträgt nach der Trennung nur 2/3 des Einkommens der Männer. Mehr als die Hälfte aller Frauen verliert mindestens 27% ihres Einkommens vor der Trennung. Wenn man die Quartile und den Median dieser individuellen Veränderungen zwischen Männern und Frauen vergleicht, dann stellt man zusätzlich fest, dass mehr Frauen als Männer verlieren und dass die Einkommensverluste für die Frauen sehr viel gravierender ausfallen als für die Männer.

Umverteilung von Einkommen für Frauen existenziell wichtig

Auch wenn diese Geschlechterdisparitäten bereits erheblich sind, ist festzustellen, dass sie noch sehr viel gravierender ausfallen würden, wenn die Effekte der Besteuerung sowie der privaten und öffentlichen Umverteilung von Einkommen nicht existieren würden. Um diese Umverteilungseffekte zu beschreiben, wird der Entstehungsprozess der verfügbaren

Tabelle 1: Auswirkungen privater und staatlicher Umverteilung und der Wohnkosten auf die Veränderung der bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen nach der Trennung (Median und Quartile)

Einkommenskonzept	Männer					Frauen				
	t-2	t+1	Individuelle Veränderung			t-2	t+1	Individuelle Veränderung		
	Median DM	Median DM	Q1 %	Me %	Q3 %	Median DM	Median DM	Q1 %	Me %	Q3 %
Verfügbare Einkommen (Abb. 2)	31 193	29 990	-26	-4	+27	28 519	19 919	-42	-27	-1
Umverteilungsprozess										
1. Markteinkommen	39 804	47 253	-24	+7	+69	37 116	17 861	-83	-46	0
2. Modifiziertes Markteinkommen	31 127	32 382	-21	+4	+48	26 382	15 960	-80	-41	-1
3. Eink. nach priv. Umverteilung	30 276	29 084	-35	-6	+30	26 003	17 550	-69	-34	0
4. Eink. nach staatl. Umverteilung	31 193	29 990	-26	-4	+27	28 519	19 919	-42	-27	-1
5. Eink. abzügl. Wohnkosten	25 749	23 717	-29	-11	+40	23 584	15 629	-55	-33	+5

Datenbasis: SOEP 1984-1999, eigene Berechnungen.

Einkommen in vier Umverteilungsschritten aufgelöst: 1. Einkommensentstehung (Markteinkommen), 2. Besteuerung (modifizierte Markteinkommen), 3. private Umverteilung inkl. Unterhaltszahlungen (modifizierte Markteinkommen nach Umverteilung zwischen Privathaushalten), 4. Transferleistungen des Sozialstaates inkl. Leistungen der Sozialversicherung (modifizierte Markteinkommen nach privater und staatlicher Umverteilung). Auf der vierten Stufe des Umverteilungsprozesses ergeben sich die bisher (Grafik 1 und 2) betrachteten so genannten verfügbaren (bedarfsgewichteten) Pro-Kopf-Einkommen.

Durch einen Vergleich der sich auf jeder dieser vier Stufen ergebenden bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen lassen sich die Umverteilungseffekte abschätzen. Wie man in Tabelle 1 anhand der Quartilswerte sieht, werden durch die private und staatliche Umverteilung die finanziellen Gewinne der Männer in der Spitze begrenzt (s. drittes Quartil) und umgekehrt die finanziellen Verluste der Frauen abgedämpft (s. erstes Quartil). Gehört bei den Markteinkommen und bei den durch Besteuerung modifizierten Markteinkommen noch mehr als die Hälfte der Männer zu den Gewinnern (Median: 7% bzw. 4%), zählen

nach der privaten Umverteilung mehr als die Hälfte der Männer zu den Verlierern (Median: -6%). Zu leistende Unterhaltszahlungen an Kinder und Ehepartner stellen demnach eine relativ große finanzielle Belastung für Männer dar. Teilweise werden diese finanziellen Verluste durch die staatlichen Transfers wieder ausgeglichen, so dass auf der vierten Stufe des Umverteilungsprozesses, wie bereits in Grafik 2 angegeben, Gewinner und Verlierer sich in etwa die Waage halten (Median: -4%).

Bei den Frauen ist hingegen eine kontinuierliche Verbesserung der Situation zu beobachten. Während die Hälfte der Frauen 46 und mehr Prozent auf der Ebene der Markteinkommen nach der Trennung verliert, sind es nach privater und staatlicher Umverteilung „nur“ noch 27 und mehr Prozent (vgl. jeweils den Median). Die private Umverteilung wirkt sich dabei allerdings nur geringfügig aus (nach privater Umverteilung liegt der Median immer noch bei -34%). Erst durch die staatliche Umverteilung wird der weitaus größere Teil der negativen wirtschaftlichen Folgen aufgefangen. Unterhaltszahlungen, die in den Prozess der privaten Umverteilung fallen, scheinen demnach keine Beibehaltung des Lebensstandards wie zu Ehezeiten sichern zu können.

Auch die staatliche Umverteilung sorgt nur dafür, dass hohe finanzielle Verluste abgemildert nicht aber aufgehoben werden.

Große Kluft zwischen den berechtigten Ansprüchen und den tatsächlichen Zahlungen

Dass der Anteil privater Transfers entsprechend aufgestockt werden kann, muss aufgrund der Unterhaltspraxis bezweifelt werden, die in einer getrennten Repräsentativbefragung geschiedener Männer und Frauen aus den Jahren 1995 bis 2000 näher untersucht wurde.⁴ Zwei Drittel der Frauen, die einen Anspruch auf Trennungsunterhalt haben, erhalten keine Zahlungen (vgl. Tabelle 2). Bei den wenigen unterhaltsberechtigten Männern sind die Zahlen noch viel schlechter: Nur etwa jeder zehnte unterhaltsberechtigte Mann erhält entsprechende Zahlungen. Nicht ganz so dramatisch ist die Situation beim Kindesunterhalt: Nur etwa ein Viertel der großen Zahl Kindesunterhaltsberechtigter Frauen, aber ca. vier Fünftel der eher kleinen Zahl Kindesunterhaltsberechtigter Männer erhalten keinen Kindesunterhalt. Rechnet man jedoch die Fälle mit unregelmäßigen und/oder unvollständigen Unterhaltszahlungen bei den Frauen hinzu, steigt der Anteil mit unzureichenden Kindesunterhaltszahlungen auf fast die Hälfte aller berechtigten Frauen. Unabhängig von der Höhe der Unterhaltszahlungen ist also bereits auf der Ebene der Berechtigungen festzustellen, dass in einer großen Zahl von Fällen, insbesondere beim Ehegattenunterhalt, berechtigte Ansprüche nicht eingelöst werden. Dabei ist die große Mehrheit der Pflichtigen, so die Ergebnisse der Repräsentativbefragung, zumindest prinzipiell leistungsfähig. Wie weit sie mit ihren Einkommen den Selbstbehalt überschreiten, konnte mangels entsprechender Daten jedoch nicht genau überprüft werden. Die tatsächlich geleisteten Zahlungen sind jedenfalls nicht besonders hoch: Die Hälfte der Geschiedenen, die Trennungs- oder Ehegattenunterhalt empfangen haben, erhielt Zahlungen von weniger als 750 DM pro Monat. Die Hälfte der Kindesunterhaltszahlungen betrug weniger als 350 DM pro Monat und Kind.

Zusammenfassend kann man daher mit Blick auf die Einkommenssituation feststellen, dass Trennungen sehr viel negativere Effekte für Frauen als für Männer haben, die im Übrigen nicht durch private Transfers ihrer früheren Ehemänner kompensiert werden, obwohl diese Transfers das Einkommen der Männer in signifikanter Weise reduzieren. Die Einkommenslücke der Frauen muss durch öffentliche Transfers gefüllt werden. Ein weiterer Aspekt kommt hinzu, wenn man die Effekte der Wohnungsmobilität im Zusammenhang mit einer Trennung einbezieht und bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen abzüglich der Wohnungskosten betrachtet (vgl. Tabelle 1, letzte Zeile). In diesem Fall erfährt eine deutliche Mehrheit beider Geschlechter erhebliche Verluste des verfügbaren Einkommens. Insbesondere für die Frauen sind sie jedoch dramatisch: Die Hälfte von ihnen verliert mindestens ein

Tabelle 2: Zahlung von Kindes- und Trennungsunterhalt aus Sicht der Unterhaltsberechtigten (Spaltenprozent)

	Frauen			Männer		
	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt
Unterhalt für den Ehepartner in der Trennungszeit (alle Befragten)						
N	511	257	768	494	247	741
davon:						
Berechtigte	78	68	76	12	18	13
davon:						
mit regelmäßigem und vollständigem Empfang von Trennungsunterhalt	30	16	28	10	6	9
mit unzureichendem ^{a)} Empfang von Trennungsunterhalt	9	8	9	4	/	4
ohne Empfang von Trennungsunterhalt	63	76	65	85	94	87
Kindesunterhalt in der Trennungszeit (nur Befragte mit minderjährigen Kindern)						
N	276	160	436	237	150	387
davon:						
Berechtigte	95	96	95	23	24	23
davon:						
mit regelmäßigem und vollständigem Empfang von Kindesunterhalt	55	46	54	12	20	14
mit unzureichendem ^{a)} Empfang von Kindesunterhalt	20	19	20	2	/	2
ohne Empfang von Kindesunterhalt	24	35	26	85	80	84

Datenbasis: Repräsentativbefragung Geschiedener.

Anmerkungen: a) Zahlungen, die unregelmäßig und/oder nicht in der vereinbarten Höhe erfolgen.

Drittel ihrer bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen vor der Trennung. Neben diesen durchschnittlichen Entwicklungen der Pro-Kopf-Einkommen ist jedoch die große Varianz der Veränderungen zu beachten. Nicht alle Männer verzeichnen ökonomische Gewinne und nicht alle Frauen verlieren.

Unterschiedliche Veränderungen der Lebenszufriedenheit zwischen den Geschlechtern

Abschließend soll noch die Frage angesprochen werden, ob sich die negativen ökonomischen Entwicklungen in gleichem Maße im subjektiven Wohlbefinden der betroffenen Individuen niederschlagen. Verglichen mit der früheren Ehe und mit anderen Partnerschaftsformen erfahren Männer wie Frauen, die sich von ihren Ehepartnern trennen, eine Verschlechterung des subjektiven Wohlbefindens bis zum Zeitpunkt der Trennung, das sich dann in den folgenden Jahren graduell verbessert, jedoch im Fall der Einkommenszufriedenheit nicht mehr das Niveau während der Ehe erreicht (vgl. Grafik 1). Aus der Perspektive möglicher Geschlechterdisparitäten erkennt man, dass der negative Trend für Frauen vor allem bei den Einkommenszufriedenheiten zu beobachten ist, während er bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit nicht ganz so auffällig ist. Diese Beobachtungen reflektieren die zuvor beschriebenen Verluste bei den bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen, während die eher moderaten Veränderungen bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit darauf hinwei-

sen, dass für die Frauen die Dinge doch nicht so schlecht stehen, wie die Einkommensverluste nahe legen. Männer auf der anderen Seite sind in der Beeinträchtigung ihres subjektiven Wohlbefindens sehr viel stärker betroffen, wenn man die allgemeine Lebenszufriedenheit betrachtet, wobei ihre Einkommenssituation sich nicht in dem Maße verschlechtert hat wie die Einkommenssituation ihrer früheren Ehefrauen. Dementsprechend ist der bei Männern feststellbare Rückgang der Einkommenszufriedenheit nicht ganz so groß wie bei den Frauen.

Diese subjektiven Indikatoren bestätigen, dass die negativen Veränderungen im Pro-Kopf-Einkommen der Frauen kein methodisches Artefakt sind. Die Tatsache jedoch, dass diese negativen Konsequenzen von Trennungen für Frauen sich nicht in gleichem Maße in den Messungen allgemeiner Lebenszufriedenheit niederschlagen, deutet darauf hin, dass andere Aspekte ihrer Lebenssituation sich durch die Scheidung verbessert haben.

- 1 Andreß, Hans-Jürgen; Borgloh, Barbara; Güllner, Miriam; Wilking, Katja, 2003: *Wenn aus Liebe rote Zahlen werden. Über die wirtschaftlichen Folgen von Trennung und Scheidung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- 2 McManus, Patricia A.; DiPrete, Thomas A., 2001: *Losers and winners: the financial consequences of separation and divorce for men*. *American Sociological Review* 66: 246-268.
- 3 *Ersteres ist definiert als Quotient aus Haus-*

haltseinkommen und Quadratwurzel der Haushaltsgröße, letztere als Anteil der Personen, deren bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen weniger als die Hälfte des west- bzw. ostdeutschen Durchschnitts betragen.

- 4 *Die Grundgesamtheit der Untersuchung besteht aus allen deutschsprachigen Personen, die in den Jahren 1995 bis 2000 geschieden wurden. Insgesamt sollte die Stichprobe 1.500 Personen umfassen, die zu gleichen Teilen aus Männern und Frauen bestehen sollte, von denen 1.000 aus den alten und 500 aus den neuen Bundesländern stammen sollten. Dabei sollte pro geschiedenem Paar lediglich ein Partner befragt werden. Als Auswahlverfahren wurde eine Quotenstichprobe mit Adressenvorerhebung und Vorankündigung und anschließendem persönlich-mündlichen Interview gewählt. Die Quoten wurden anhand der Scheidungsstatistik des Statistischen Bundesamts bestimmt, die getrennt für die alten und neuen Bundesländer die Anzahl der Scheidungen nach Scheidungsjahr, Ehedauer und Anzahl der Kinder aus der Ehe ausweist. Die eigentliche Auswahl der Befragungspersonen erfolgte durch den Interviewerstab des beauftragten Befragungsinstituts. Die Interviews wurden von Dezember 2000 bis Januar 2001 durchgeführt. Insgesamt konnten 1.516 Personen befragt werden.*

■ **H.J. Andreß, Universität zu Köln**
Tel. 0221/470-3373
hja@wiso.uni-koeln.de

„Patient“ deutsche Gesellschaft?

Diagnosen und Befunde der empirischen Sozialforschung

Ob es sich bei der deutschen Gesellschaft tatsächlich - wie in der Presse, aber auch in sozialwissenschaftlichen Untersuchungen häufig behauptet - um eine Patientin, vielleicht sogar eine chronisch erkrankte, um eine „eingebildete Kranke“ oder um eine im Vergleich zu anderen relativ „gesunde“ Gesellschaft handelt, stand im Vordergrund der Jahrestagung der Sektion Soziale Indikatoren, die in Kooperation mit der Abteilung Ungleichheit und soziale Integration des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) am 11. und 12. Dezember 2003 in Berlin stattfand. Dort trafen sich Vertreterinnen und Vertreter der empirischen Sozialforschung, die Ergebnisse der systematischen Gesellschaftsbeobachtung austauschten und diskutierten.

Nach der Begrüßung und Einführung durch den Sektionssprecher Heinz-Herbert Noll (ZUMA) eröffnete Ronald Schettkat (Universität Utrecht und Russell Sage Foundation) mit seinem Vortrag über „Institutionen und beschäftigungsloses Wirtschaftswachstum - der deutsche Arbeitsmarkt in internationaler Perspektive“ die Veranstaltung. In seinem Vergleich zwischen Deutschland und den USA

wies er u.a. auf die Unterschiede bezüglich der Position von erwerbstätigen Frauen im Arbeitsmarkt hin. Während Frauen in den USA als neue Hochlohngruppe eine wichtige Rolle spielen, seien Frauen in Deutschland unverändert in diesem Bereich kaum anzutreffen. Demzufolge steige in den USA die Auslagerung von Haushaltsproduktion und damit die Nachfrage nach Dienstleistungen außerhalb des Haushalts, wohingegen solche Prozesse der „Marketization“ in Deutschland nicht stattfänden. Wichtige Impulse - auch für den Arbeitsmarkt - erwartet sich Schettkat von einer verstärkten Akademisierung der Frauen in Deutschland.

Anschließend stellte Wilhelm Heitmeyer (Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung) Auszüge aus dem zweiten Teil des umfangreichen Projekts „Deutsche Zustände“ mit seinem Vortrag zu „Desintegration - Ein theoretisch und empirisch relevantes Thema sozialwissenschaftlicher Gegenwartsdiagnose“ vor, das am gleichen Tag im Rahmen eines Informationsgesprächs mit Bundestagspräsident Wolfgang Thierse der Öffentlichkeit präsentiert worden

war. Heitmeyer beschäftigte sich mit den Begriffen Integration und Desintegration, zu denen im Forschungsverbund unterschiedliche Zugänge entwickelt wurden. Mit dem Konzept der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ und den sich manifestierenden Syndromen Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Heterophobie, Etabliertenvorrechte und Sexismus wurde ein Instrumentarium entwickelt, das im Rahmen des Langzeitprojektes (2002-2011) zur Messung der gesellschaftlichen Integration/Desintegration dienen kann. In einem ersten Vergleich der Ergebnisse von 2003 mit denen des Vorjahres 2002 konnten Heitmeyer und sein Forschungsteam bereits eine leicht zunehmende Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft erkennen.

Dem Themenschwerpunkt wohlfahrtsstaatliche Versorgungssysteme widmeten sich die beiden nachfolgenden Beiträge von Hagen Kühn (WZB) und Ralf Himmelreicher (Verband deutscher Rentenversicherungsträger (VDR)). Kühn stellte die Frage „Ist die gesetzliche Krankenversicherung künftig nicht mehr finanzierbar? - Ein Blick auf die Daten“. Auf-